

Es bleibt dabei : niemals! : Zur Geschichte der Anti-AKW-Bewegung Teil 2 1979 bis 1983

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **3 (1984)**

Heft 3: **Atomkraft/Waldsterben**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586623>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AKW-Konflikt

Konflikt kleinhalten

Ausgangspunkt ist hier die dramatische Entwicklung der Anläufe verschiedener Krisenmomente, die im Verlauf des letzten Jahrzehnts entweder ausgebrochen oder nicht mehr länger überdeckt werden konnten.

Die These ist nun erstens die, dass angesichts der vielen, sich überlagernden Krisenmomente eine ganze Reihe von psychisch äusserst stabilisierenden Weltbildern zusammengebrochen ist, mit der Folge, dass der allgemeine Angstpegel enorm stieg. Zweitens besagt diese These, dass die neu entstehenden und heute Hochkonjunktur feiernden Weltbilder die Ängste nur notdürftig binden können, weil in ihnen letztlich vorwiegend notdürftig verkleidete alte Lösungsangebote werden, die ihrerseits kaum dazu taugen, den zugrunde liegenden Konflikt zu beheben. Ihre Funktion besteht also v.a. darin, die frei flottierenden Ängste zu bannen sowie – an und für sich ebenso verständlich ist – den Konflikt auf kleinster Flamme zu belassen.

Nun zum ersten Teil der These:

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts hat das Historienbild des ewigen Friedens, das die Aufschwungphase der Nachkriegszeit prägte und auf dem «Gleichgewicht des Schreckens» nach aussen und des wohlfahrtstaatlichen Sozialfriedens nach innen gegründet war, gründlich Schaden gelitten:

Mit den ökonomischen Krisenerscheinungen, der drohenden Massenarbeitslosigkeit durch die enorme «Rationalisierungswelle», dem drohenden Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems, dem schleichenden Abbau der sozialen Sicherungsnetze und der unzähligen ökologischen Krisen usw. scheint die dreissigjährige «Aufschwungs- und Prosperitätsphase» ihrem Ende entgegenzugehen. Das der politischen Kontrolle entglittene System militärischer Friedenssicherung lässt den äusseren Frieden als ebenso brüchig erscheinen, wie die Folgeprobleme der ökonomischen Entwicklung den inneren.

Mit der Brüchigkeit dieses Friedens werden nun auch die individuellen Aufstiegs- und Wohlstandsperspektiven enttäuscht, weil die meisten von uns ihre Hoffnung auf ihr persönliches «Glück», ihre individuelle «Wunschproduktion» an diejenige der grossen Gesellschaftsmaschinerie angeköpelt haben.

Mit dem Zerbröckeln solcher Perspektiven individueller Glückserfüllung als Teil des Systems wird nun eine ganze Reihe von äusserst trüglichen, angstbindenden und das Leben des einzelnen strukturierenden kollektiven Glaubenssätze brüchig.⁹

Es sind dies – um nur die wichtigsten zu nennen: – die Idee des unbegrenzten Wachstums und der Unerschöpflichkeit der Ressourcen;

- der Glaube an die Möglichkeit der Beherrschung von Natur und Technik;
- der Glaube an die Machbarkeit der Politik;
- die Hoffnung auf Realisierung von sozialer Gerechtigkeit in einem demokratischen Staat;
- die Idee von der Unbegrenztheit der Arbeit für alle;
- der Glaube an die aufklärerische Kraft der Vernunft und
- der Glaube, dass die Zukunft mit ihrer Dauer den Fortschritt bringe.

Aus der historischen Psychologie kennen wir mögliche Folgen des Zerfalls solcher kollektiven Glaubenssätze, und in diesen Folgen erkennen wir auch einige der Phänomene, denen wir schon vorhin begegnet sind.

Es ist bekannt, dass in einer solchen, für alle Gesellschaftsmitglieder bedrohlichen Situation es erstens zu einer massiven Steigerung der Gefühle der Verwirrung, der Angst und der Wut kommt.

Zweitens pflegt sich die Gesellschaft in einer solchen Situation in zwei Gruppen zu spalten, die sich gegenseitig vehement bekämpfen. Man sucht die eigene Angst und Unsicherheit an einem Verursacher festmachen zu können und nimmt dazu die andere Gruppe. Im Klima der gegenseitigen Schuldprojektionen wächst das paranoide Potential, der gegenseitigen Argwohn. Denken in «absoluten» Feind-/Freundbildern (d.h. Denken in «wir = das Gute schlechthin», «die anderen = das Böse schlechthin»), «die anderen = das Böse schlechthin» nimmt überhand. Die Angehörigen der einen Gruppe werden dann jeweils von der anderen als Verursacher der Krise festgemacht und deren Lösungsversuche ...

Drittens verlagert sich dann das Konfliktgeschehen weg von den gesellschaftlichen und zivilisatorischen Tendenzen, die zum Zusammenbruch der kollektiven Phantasien führten und hin zu den «Nebenkriegsschauplätzen».

Viertens verdichten sich die durch den Zerfall der angstbindenden Glaubenssätze freiwerdenden Ängste in apokalyptischen Zusammenbruchphantasien, gewinnen aber auch die (alten) Fortschrittsparadigmen an Raum:

● Einige befürchten effektiv das absolute Ende: Endzeitstimmung macht sich breit.

● Bei anderen verbindet sich die Angst vor dem Untergang mit der Lust daran: «Wir haben es nicht besser verdient», sagen die einen und «Nach uns die Sintflut!» die anderen.

● Wiederum andere meinen, erst nach der Sintflut – oder zeitgemässer – dem atomaren Holocaust, sei ein Neubeginn möglich: «Also rein in die Katastrophe», sagen sie, «damit endlich der Wiederaufbau möglich wird!»

● Andere wiederum bekämpfen diese Endzeitstimmung, indem sie weiterhin aber verstärkt ans Alte glauben, aber

ihren Einsatz verdoppeln: «Noch viel mehr vom Gleichen soll die «Wende» bringen».

● Und andere sehen die «Wendezeit» für gekommen: «Umdenken» heisst dort die Devise.

Neue, aber leider auch aufgewärmte Fortschrittsparadigmen haben nun effektiv die Kraft, die Ängste, die den Zusammenbruch der alten Mythen begleiten, zu binden. Es hat sich schon mehrmals in der Geschichte gezeigt, mit welcher enormen persönlichen Einsatz und ungeheurer Kreativität die Menschen an vorher für unlösbar gehaltene Probleme herantreten, wenn eine neue kollektive Phantasie sie erfasste und ein Aufbruch auf zu neuen Zeiten begann. Die abgeköpften individuellen Sehnsüchte und Hoffnungen werden an diese kollektiven Phantasien wieder angehängt, und die sie tragende soziale Bewegung gewinnt ihre Kraft u. a. dadurch, dass die angehaltene Wunschproduktion¹⁰ der einzelnen wieder anläuft und die Erfüllung auf die neuentstehende Zukunft projiziert wird. Die Gesellschaft und damit auch die Individuen, die sie ausmachen, gewinnen wieder an Zukunft: Entbehrungen erscheinen als zeitlich begrenzt und im Hinblick auf die bessere Zukunft sinnvoll. Es sieht dann so aus, als gewinne die Gesellschaft wieder ihre «Historizität», d.h. ihr Vermögen, bewusst und solidarisch auf sich einzuwirken, zurück.

Neue Weltbilder
Mit welchen kollektiven Phantasien, mit welchen Weltbildern haben wir es heute zu tun? Sind wir daran, die Historizität wieder in die Hand zu nehmen? Diese Frage bleibt an dieser Stelle offen, obwohl ich diesbezüglich eher pessimistisch bin.

Stark verkürzt kann hier abschliessend vermutet werden, dass sich, was die heutige Situation betrifft, gerade in der Debatte um die Atomenergie, aber auch in der allgemeinen politischen Diskussion, zwei Strömungen ausmachen lassen, die miteinander konkurrieren und sehr wohl als eine der möglichen Paarungen angesehen werden können, in die sich die Öffentlichkeit in Momenten des Zerfalls kollektiver Glaubenssätze spaltet: der Neokonservatismus auf der einen und der Ökologismus (in seinen verschiedenen Spielarten) auf der anderen Seite.

Beide sind Ausdruck der gegenwärtigen Krisen und beinhalten Antworten auf sie. Beide nehmen aufeinander explizit oder auch indirekt durch strategisch-politische Handlungen Bezug und drücken genau das aus, was anfangs für die gegenwärtige Situation festgestellt wurde: dass sie für ihre Anhänger eine angstbindende Kraft darstellen, dass sie in ihrem gegenseitigen Kampf gleichzeitige Kräfte absorbieren und dass sie es gemeinsam fertigbringen, sowohl auf entscheidende Krisenbereiche zu verweisen, als auch den Konflikt auf kleinster Flamme zu behalten. ◆



ES BLEIBT DABEI: NIEMALS!

Zur Geschichte der Anti-AKW-Bewegung Teil 2 1979 bis 1983

rm. Nachdem im Februar 79 die Atomschutz-Initiative knapp abgelehnt worden ist, müssen die AKW-Gegner erstmals eine Pause einlegen. Aber lange währt sie nicht: Bereits 1980 werden drei neue Initiativen lanciert – nicht nur Zeichen der Stärke, sondern auch der Spaltung, die nun nicht mehr überspielt werden kann. Aber auch die Jahre zwischen der ersten und zweiten Abstimmung über eine Atom-Initiative sind geprägt von grossen Kundgebungen und vielfältigen Aktionen. Eines ist gewiss: Die Gegner des AKW Kaiseraugst geben nicht auf. Der Widerstand ist nach wie vor ungebrochen – auch 15 Jahre danach.

18. Februar 1979: «Knappes Nein zur Atominitiative» – mit 965 271 Nein gegen 919 923 Ja war die Atomschutz-Initiative abgelehnt worden. Knapp, sehr knapp, nur ein Prozent mehr, und dieser zweite Teil der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung wäre überflüssig geworden.

Im Bundeshaus zeigte man sich von diesem Resultat doch etwas überrascht. «Wir haben ein Nein erwartet, wenn auch nicht mit einer so kleinen Differenz an Stimmen», erklärte Bundesrat Willi Ritschard noch am gleichen Abend und versicherte den 920 000 Bürgerinnen und Bürgern, die «aus echter Besorgnis heraus» ein Nein in die Urne gelegt hatten, man werde auf sie Rücksicht nehmen: «So wenig AKW wie möglich.» Verschiedene Kommentatoren hielten denn in den Montagszeitungen auch fest, das Nein zur Atomschutz-Initiative sei kein Blankoscheck für Kaiseraugst, und Hans Tschäni legte im «Tagessanzeiger» das Abstimmungsresultat so aus, dass «jene Megawatt mit besonderem Effort über Sparen und Alternativenenergien beschafft werden» müssten, statt über Kaiseraugst, und meinte: «An diesen Zeichen werden wir sie bald erkennen und feststellen können, wer in diesem Staat reagiert: Elektrizitäts- und KKW-Lobby oder Bundesrat und Parlament.»

Nun, die Zeichen liegen nicht auf sich warten: «Das überwältigende Ja der Basler und Baslerbieter zur Atominitiative bringt für die Kaiseraugst AG keine neuen Erkenntnisse», liess sich der Kaiseraugst-Direktor Ulrich Fischer vernehmen, und unbeeindruckt vom doch sehr knappen Ausgang der Abstimmung und den Nein-Überhängen in der Region Kaiseraugst wie im Oberaargau (AKW Graben) wurde betont, dass man gedulde, an der vorgeschlagenen Reihenfolge festzuhalten: zuerst Kaiseraugst, dann Graben.

Die Zeichen liessen aber auch von anderer Seite nicht lange auf sich warten: In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar flog der «Ligen-Pavillon» in Kaiseraugst in die Luft. Die Verantwortung dafür übernahm eine Gruppe militanter AKW-Gegner «Do-it-yourself». Diesen Do-it-yourself-Methoden jedoch standen praktisch alle AKW-Gegner, ob nun aus dem Lager der «Gemässigten» oder der «Fortgeschrittenen», kritisch gegenüber. «Kaum jemand in der Nordschweiz wird diesem millionenschweren Propaganda-Pavillon ... nachtrauern», stellt die GAGAK in einer Presseerklärung fest, in der sie sich von diesem Anschlag distanzierte: «Wir glauben aber nicht, dass der Anschlag auf den Info-Pavillon die richtige Antwort auf das Abstimmungsergebnis ist.» Energischer distanzierte sich die GAK: «Die GAK erachtet solche Methoden als sehr untauglich im Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk.» Und sie rief die Bevölkerung der Region um Kaiseraugst auf, nur mit ge-

waltfreien Mitteln und auf demokratischer Ebene gegen das Atomkraftprogramm weiter zu kämpfen.

Zwischen Enttäuschung und Überraschung schwankte man im Lager der Initianten: Überraschung über das breite Echo, das ihr Anliegen gefunden hatte, Enttäuschung über das nur so knapp verfehlt Ziel. Und schon kurz nach der Abstimmung vom Februar 1979 hörte man erste Gerüchte über eine neue Initiative. Doch vorerst lag noch eine zweite Abstimmung bevor: das revidierte Atomgesetz, das den Bedarfsnachweis und die Lösung des Abfallproblems als Voraussetzung zur Bewilligung neuer Atomkraftwerke forderte.

Mitten in die Diskussionen um das Atomgesetz platzte am 28. Oktober eine Bombe: Reaktorunfall in Three Mile Island, USA. Was am Anfang noch harmlos aussah, entwickelte sich in den folgenden Tagen immer unheilvoller: Schmilzt nun der Reaktorkern oder nicht? «Ratlos vor einer Blase», titelte der «Tagesanzeiger». Zum erstenmal in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomenergie zeigt sich das Janusgesicht so deutlich: Der Unfall, der eigentlich gar nicht hätte eintreten dürfen, wurde plötzlich Realität.

Die Atomkraftgegner waren bescheiden genug, nicht hämisch darauf hinzudeuten, «seht, wir haben euch immer gewarnt», aber klammheimlich dachte sich wohl der eine oder der andere, dass der Unfall zwei Monate früher das Abstimmungsresultat ganz eindeutig beeinflusst hätte. Zu ihren Gunsten.

Verunsichert zeigte man sich in den Atomkraftwerksgemeinden: «Gopfridstutz, wie ist das möglich? Jetzt hat man uns gesagt, die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls liege im Verhältnis 1:1 Million!», erbot sich etwa der Leibstädter Gemeindegemeindeführer Otto Vögeli, und auch in der Region um das AKW Gösgen wurden skeptische Worte laut: Man fühlte sich verschaukelt von den Sicherheitsbetreuerungen der AKW-Betreiber.

Unerschütterter zeigte man sich hingegen um Beznau – ebenso unerschütterter, wie die AKW-Betreiber, die feststellten, Harrisburg sei bloss «ein hässlicher Tölggen im Leistungsbuch der Kernenergie», und der Ausgang des Unfalls (kein Abschmelzen des Reaktorkerns) habe gezeigt, dass der Kernreaktor «kein Hexenkessel, sondern schlicht eine Maschine ist», die Kernenergie sei nach wie vor eine der sichersten Energien.

Am 20. Mai wurde die Atomgesetz-Revision mit grosser Mehrheit angenommen – man hatte den Zusicherungen der Landesregierung Glauben geschenkt, das Gesetz würde, vor allem nun nach dem Unfall in Harrisburg, restriktiv und umsichtig gehandhabt.

Für die «Fortschrittlichen», die diese Revision bekämpft hatten, bedeutete dieses Resultat eine Niederlage.

Am 21. Juni knallte es bereits wieder,

zum viertenmal in diesem Jahr: Brandstöße zerstörten und beschädigten die Autos von acht Vertretern der Atomwirtschaft: «Do-it-yourself» war wieder in Aktion getreten.

Die Anti-AKW-Bewegung jedoch distanzierte sich von solchen Vorschlägen. Man arbeitete weiter nach bewährtem Muster: Einsprachen, Beschwerden, Kundgebungen, Gespräche über eine neue Initiative.

Am Dreyeckländer-Marsch über Pfingsten in Basel betonten die AKW-Gegner die internationale Dimension ihres Kampfes. Aber die Pfingstaktionen konzentrierten sich nicht nur auf Basel: Der Marschzug startete in Leibstadt und führte über Kaiseraugst nach Basel; rund 5000 demonstrierten in Aarwangen gegen das AKW Graben. In einer Resolution wurde festgehalten, man werde weiterhin «mit allen Mitteln der Volksbewegung den Kampf gegen das Atomprogramm von Elektrizitätswirtschaft und Staat fortführen.»

Ende Juni beschloss der Basler Grosse Rat eine Standesinitiative, die den Verzicht auf Kaiseraugst forderte. Als Antwort darauf reichte knapp einen Monat später die Kaiseraugst AG ihr Gesuch um die Erteilung der Rahmenbewilligung ein.

Harte Kritik wurde laut von der Seite der AKW-Gegner: «Dass das Gesuch überhaupt noch eingereicht wird, bezeugt die Arroganz der Geldmacht, denn die ganze Bevölkerung der Nordwestschweiz hat sich ganz deutlich gegen Atomkraftwerke ausgesprochen», erklärte Alexander Euler, und die GAK rief die Bevölkerung auf, nun von den im neuen Atomgesetz enthaltenen demokratischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen und «Einsprachen von jedermann» gegen das Gesuch zu erheben. Dieser Aufruf fand Gehör: 7000 Einwendungen gegen die Rahmenbewilligung von Kaiseraugst und 24 000 Einsprachen gegen die Rahmenbewilligung von Graben füllten Aktenordner und hielten Juristen und Behörden in Trab.

Inzwischen haben unter den Kernkraftgegnern Verhandlungen über eine mögliche neue Initiative begonnen. Treibende Kraft wurde neu die 1976 gegründete Energiestiftung, die sich bereit erklärte, die Organisation der Initiative zu übernehmen. Damit verlagerte sich das politische Gewicht der Initiativen von Basel nach Zürich. Ein breites Vernehmlassungsverfahren unter allen Atomkraftgegnern sollte Klarheit über das weitere Vorgehen schaffen. Der Anfang war tatsächlich verheissungsvoll: Eine Broschüre listet alle möglichen Vor- und Nachteile von verschiedenen Initiativtexten – «Atomstopp-Initiative, Initiative gegen den weiteren Ausbau, Referendums-Initiative, Energie-Initiative usw. – auf und lud rund 41 verschiedene AKW-Gegner-Organisationen zur Vernehmlassung ein.

Im Dezember wurde eine neue Diskussion angerissen: Ständerat Egli forderte in einem Postulat, dass man mit der Kaiseraugst AG und den betroffenen Kantonen verhandeln sollte, unter welchen Bedingungen die Projektanten auf ihr Projekt verzichten würden. Seine Begründung: «Wir sind nicht Gegner der Kernenergie. Wir sehen indessen eine Kraftprobe auf unseren Rechtsstaat zu kommen, und niemand kann garantieren, dass wir diese ohne grossen Schaden bestehen können.»

Der Ständerat überwies dieses Postulat, der Bundesrat jedoch war darüber nicht sehr glücklich: Man konnte doch nicht Verzichtverhandlungen aufnehmen und damit dem «Druck von der Strasse» nachgeben – und überhaupt, die Kaiseraugst AG hatte schon Investitionen in der Höhe von etwa 700 Millionen getätigt. Im Falle eines Verzichtes könnte der Bund entschädigungspflichtig werden. Auch wenn Bundesrat Willi Ritschard betonte, eine Standortbewilligung, wie sie die Kaiseraugst AG besass, heisse noch überhaupt nicht, dass dem auch eine Baubewilligung folgen werde und gebe somit einem Unternehmen auch nicht das Recht, derartige Investitionen zu tätigen.

Den Jahresabschluss bildete eine Panne im AKW Gösgen – «ein ganz normales Ereignis», wie die Kraftwerksleitung darzustellen suchte. Wegen eines undichten Ventils musste das AKW rund 24 Stunden abgestellt werden – was die verantwortlichen Stellen aber erst bekannt gaben, nachdem «Blick» die Geschichte reisserisch aufgemacht hatte. Vertrauen konnte ein solches Vorgehen nicht schafften.

Am 22. November 1979 war Gösgen in Betrieb gegangen.

1980

In diesem Jahr wurde es ruhiger um die Atomenergie. Auf der «grossen» politischen Bühne lief nicht sehr viel, wichtiges jedoch im Hintergrund. Am 4. Januar klagten die Umweltorganisationen WWF und SGU die Kaiseraugst AG an, keine Standortbewilligung zu haben: Diese sei damals an die Motor Columbus und nicht an die Kernkraftwerk Kaiseraugst erteilt worden, zudem sei die Standortbewilligung für das neue Projekt (925 Megawatt statt 850) nicht gültig, «Spitzfindigkeiten» war die Reaktion von seiten der zukünftigen Betreiber: «Früher hat man es eben noch nicht so genau genommen.»

Am 28. Februar 1980 wurde in Graben die IGG, die Interessengemeinschaft Graben, gegründet. Die Gewaltfreie Aktion Graben machte inzwischen ebenfalls mobil gegen das AKW Graben, das zwar neben Kaiseraugst erst zweite Priorität hatte, und verschickte vorgedruckte Einwendungsformulare. Die Reaktion liess

nicht auf sich warten: 24 000 Einwendungen wurden an die Adresse des Bundesrates verschickt.

Im März ein weiterer Erfolg für die AKW-Gegnerschaft: Mit 35 000 Ja gegen 8 000 Nein hatten die Basellandschafter das kantonale Atomschutzgesetz angenommen.

Im April wurde bekannt, dass tatsächlich Gespräche rund um das Postulat Egli – Verzichtsverhandlungen – stattgefunden hatten: «Gegen Bezahlung will Kaiseraugst einlenken», schrieb der «Tages-Anzeiger» am 24. April, «Nach Ansicht der Kernkraftwerke Kaiseraugst AG gibt es keinen sachlichen Grund, auf die Erstellung des AKW zu verzichten. Das Unternehmen ist jedoch bereit zu Verhandlungen, falls der Bund aus rein politischen Gründen den Bau... verhindern will.» Dies bedeutete: Im Falle eines «politischen Verzichts» müsste der Bund eine Entschädigungssumme zahlen – 850 Millionen Franken.

Rund einen Monat später dann neue Schlagzeilen: «AKW-Gegner streiten sich um Initiativen», «Fallen AKW-Gegner auseinander?», «Zwist im Lager der KKW-Gegner» usw. Der Hintergrund dieser nicht unberechtigten Fragen und recht hämischen Feststellungen: Das Vernehmlassungsverfahren zu den neuen Initiativen hatte nicht die gewünschte Einigung gebracht, sondern die Bewegung gespalten, in «Gemässigte» rund um die grossen Umweltorganisationen und die Energiestiftung sowie die grossen AKW-Gegner-Organisationen GAK und NWA, und in «Fortschrittliche» rund um Bürger-Initiativen, POCH und Atomkraftgegner Zürich.

Die erste Auseinandersetzung drehte sich um die eine «Atomstopp-Initiative», versus eine «Baustopp-Initiative», die zweite Auseinandersetzung um die Frage einer Energie-Initiative mit Energiesteuer. Und hier kam es zum Bruch: Die Gemässigten unter der Führung der Energiestiftung beschlossen, nun zu handeln und die beiden Initiativen «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» und «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» zu lancieren, während die anderen Gruppierungen eine eigene Initiative, die Atomstopp-Initiative, ausarbeiteten, und wieder andere Gruppen, darunter die RML, zwar die Atom-Initiative unterstützten, nicht aber die Energie-Initiative.

Genüsslich wurde der Hauskrach unter den Atomkraft-Gegnern breitgewalzt, verschiedene Vertreter einzelner Gruppen trugen die internen Streitigkeiten an die Öffentlichkeit – und viele, die sich 1979 aktiv für die Atomschutz-Initiative eingesetzt hatten, wandten sich nun von der Anti-AKW-Bewegung ab: Das Gerangel und die daraus resultierende Unsicherheit hinterliessen bei vielen einen bitteren Nachgeschmack und stiftete Verwirrung. Kommentare nach der Pressekonzferenz vom 8. Mai, an dem die bei-

den Initiativen, die schlussendlich «das Rennen machten», vorgestellt wurden: «Sie machen die Bewegung kaputt», «Die Atomlobby wird sich ins Fäustchen lachen», «Der Flohzyrkus ist auf Tournee»...

Die Auseinandersetzungen drehten sich im Kern um die Frage: Was ist machbar, welche Konzessionen können eingegangen werden, wie ist eine breite Unterstützung im Kampf gegen die Atomkraftwerke zu gewinnen? An den Punkten «Konzessionsbereitschaft» und «Bedingtheit» schieden sich die Geister, aber gestritten wurde auch um die Frage: Zwei Initiativ-Komitees oder nur eines? Dass es überhaupt zu einem Streit um diese Frage kam, deutete auf das tiefe Misstrauen vieler AKW-Gegner gegenüber den Initianten hin: Sie hegten die Vermutung, WWF und SES wollten mit der Energie-Initiative nur Druck ausüben und sie dann bei Gelegenheit zurückziehen.

Vor dem Hintergrund dieser oft recht gehässigen Auseinandersetzungen lief der politische Alltag weiter: In Graben wurden Einwendungen en masse verschickt, in Gösigen fanden Experten-Hearings- und Gespräche statt, in den Kantonen lief das Vernehmlassungsverfahren zur Erteilung der Rahmenbewilligung von Kaiseraugst.

Kenner der Szene waren nicht erstaunt, als am 30. Juli bereits die Hälfte der Kantone «die Voraussetzungen erfüllt» sah und nur zwei sich dagegen stellten: Basel-Stadt und Baselland. Da die Regierungsräte meistens gleichzeitig Verwaltungsräte in verschiedenen Elektrizitätswerken waren, lag das Resultat nahe.

Auch die 1979 eingesetzte Eidgenössische Energiekommission war an der Arbeit. Ihr mit Spannung erwarteter Bericht, von dem man sich jedoch kaum viele Überraschungen versprach, war auf Ende Jahr terminiert. An die Adresse dieser Kommission waren sicher die warnenden Worte von VSE-Direktor Heiner von Schulthess gerichtet, der von einer Stromrationierung in den Wintern nach 1985 sprach, falls nicht nach Leibstadt noch zwei Atomkraftwerke eingesetzt würden. Interessant war in diesem Zusammenhang auch die Definition des Bedarfsnachweises, den Schulthess als ein «Kampfmittel der Kernenergiegegner» bezeichnete und sich die Frage stellte, wie denn ein Bedarf, der in den kommenden zehn Jahren erwartet werde, nachgewiesen werden könne? Seltsam mutet es dann an, dass die Erbauer der AKW sich dennoch weiterhin stur auf diesen Bedarfsnachweis stützten...

Im Sommer brachte auch der Bundesrat Bewegung in die Energiediskussion: Aufgrund der Ergebnisse des Berichtes der Gesamt-Energiekommission schlug er einen Energiesteuergesetz vor, der eventuell eine Energiesteuer enthalten würde

und dem Bund mehr Kompetenzen in der Energiepolitik geben sollte.

Am 30. August wurde der Startschuss für die Unterschriftensammlung für die beiden Initiativen gegeben: Recht mühsam, denn es wurde für drei Initiativen gesammelt, und viele waren sich nicht im klaren, wem sie nun ihre Unterschrift geben sollten.

Im Dezember dann der Bericht der Energiekommission. Entsprechend ihrer Zusammensetzung war das Resultat: drei Lager mit folgenden «Teillösungen»:

- Der Bedarf für ein weiteres 1000-MW-AKW bis Ende der achtziger Jahre ist gegeben.

- Die Verbrauchslücke ist wesentlich geringer (170–680 MW) und muss nicht unbedingt mit AKW gedeckt werden.

- Es wird keinen Versorgungsengpass geben.

1981

War 1980 vor allem das Jahr des Wartens und der Auseinandersetzungen um die neuen Initiativen gewesen, so brachte 1981 eine Reihe von Entscheidungen und wiederum grosse Kundgebungen: Trotz Spaltung und Differenzen fanden nach dem Bunderat-Entscheid zu Kaiseraugst, am «Samstag danach», mehr als 20 000 Menschen auf das Baugelände in Kaiseraugst.

Aber auch 1981 begann mit Warten: Wie wird der Bundesrat entscheiden? Die AKW-Gegner machten sich keine Illusionen: «Die heutigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind für die Atomenergie. Nur ein gewaltiger Druck, der sich in direkten Aktionen der Bevölkerung manifestieren muss, wird die eidgenössischen Räte zur Ablehnung oder zur Zurückstellung von Kaiseraugst zwingen können!» ist in einer Nummer von «z. B. Kaiseraugst», dem Info-Bulletin der GAGAK zu lesen, in welchem aufgerufen wird zu «einer Protestkundgebung» oder zu einem Freudenfest» nach dem Bundesratsentscheid.

Im Mai erregte die Ablehnung der Beschwerde gegen Gösigen die Gemüter: Niemand war darüber erstaunt, dass auf die Beschwerdepunkte kaum eingegangen wurde, viele jedoch waren befremdet, dass die Verfahrenskosten und Expertenonorare in der Höhe von rund 30 000 Franken den Beschwerdeführern, der Ueba AG/SO und Einzelpersonen ohne irgendwelchen finanziellen Hintergrund, überlastet wurden. «Es wäre schön gewesen, wenn der Bundesrat durch seinen Entscheid in Sachen Verfahrenskosten gezeigt hätte, dass er erstens die Anliegen dieser Bevölkerung immer noch ernst nimmt und dass er zweitens dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit auch zu vermehrtem Recht helfen will», schrieb ein Kommentator, andere interpretierten das Urteil so: «Damit wird das ganze Beschwerderecht zur Farce!» und ein Jurist meinte: «Den

Vorwurf aus den eigenen Reihen, ich sei naiv, immer den Rechtsweg zu beschreiben, akzeptiere ich jetzt.»

Am 16. Mai wurde Gösgen eingeweiht, «Freude, aber kein Hurra-Gefühl» empfand KKG-Verwaltungspräsident Kohn laut Pressemitteilung bei diesem feierlichen Akt.

An Pfingsten demonstrierten rund 3000 Personen in Bern: Kein Bau von Endlagern für Atommüll, Verzicht auf die geplanten Kraftwerke Kaiseraugst und Graben, lauteten die wesentlichsten Forderungen.

Beobachter der Szene stellten, trotz Liederhändler, Flugblättern und Spruchbändern, eine gewisse Ratlosigkeit fest. War wieder einmal die Zeit der Resignation gekommen, der Ofen tatsächlich aus? «Ich allein kann doch nichts ausrichten», lautete vielerorts der Tenor, und die Zeitungen vermerkten auch die «Grossen Abwesenden» wie etwa die NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke).

Aber immerhin konnten die AKW-Gegner am 15. Juni einen Erfolg für sich buchen: Allen Erwartungen zum Trotz hatte der konservative Kanton Bern eine kantonale Atomschutz-Initiative angenommen. Dieses Ja zur Atom-Initiative wurde von den AKW-Gegnern als ein klares Nein zu Graben und zu Nagra-Grabungen interpretiert – was es sicher auch war. Von den Befürwortern der Atomenergie hingegen wurde dieser Abstimmungsausgang nicht als grundsätzliches Misstrauensvotum gesehen.

Im Laufe des Sommers blieb die Frage Kaiseraugst ja oder nein ständiges Thema. Zum drittenmal reisten die nordwestschweizer AKW-Gegner zum Bundesrat für eine weitere Verhandlungsrunde. Auch andere pilgerten nach Bern: Die Aargauer Regierung legte dem Bundesrat ihre Stellungnahme vor: Ja zum Bedarf, aber Kraftwerk ohne Kühlturm. Im Juli dann die Veröffentlichung der Climod-Studie, die zum Schluss kam, dass die Kühltürme in der Region Basel keine klimatischen Veränderungen bewirken würden. Vorgeschlagen wurde eine Kombination von Flusswasser- und Turmkühlung. Die Climod-Studie wurde von den AKW-Gegnern in Frage gestellt, ebenso der Bedarfsnachweis, dem die Umweltorganisationen und die Energienstiftung ihren Bericht «Ist Kaiseraugst wirklich nötig?» entgegenhielten.

August 81: «Kaiseraugst Kundgebung überdeckt Divergenzen», hielt der «Tages-Anzeiger» fest: Diesmal waren es die «Gemässigten» um GAK, AGEA und NWA, die eine nationale Kundgebung am 1. August organisierten. Das gegenseitige Misstrauen hatte in der Zwischenzeit nicht abgebaut werden können und von ganz links wurde die Vermutung geäussert, die SP wolle sich nun die Führungsrolle in der Anti-Kaiseraugst-Bewegung unter die Nägel reissen und sich damit profilieren.

Divergenzen hin oder her, die Kundgebung am 1. August vermochte wieder rund 8000 Leute auf die Beine und nach Kaiseraugst zu bringen. Neben den drei «Grossen», die organisiert hatten, unterstützten rund 70 lokale und regionale Organisationen, Parteien und Bürger-Initiativen ganz offiziell diese Kundgebung. Divergenzen hin oder her – einig war man sich über das weitere Vorgehen: Grosskundgebung in Kaiseraugst am Samstag danach. Das Motto dieser 1.-August-Demonstration: «Recht und Gerechtigkeit erwartet nicht vom Kaiser! Helft euch selbst!» Ein Tellen-Zitat, das von denen, die sich sonst so gern auf Tell beriefen, nicht mit grosser Begeisterung aufgenommen wurde... Heute war diese Art von Selbsthilfe nicht mehr gefragt. «Herrscht in der Schweiz eine Demokratie oder eine Verwaltungsdiktatur?», fragt mit Recht Hans Schneider in seiner Ansprache und versicherte: «Die Bevölkerung der Region will Kaiseraugst nicht, und wenn der Teufel es auf dem goldenen Tablett bringt.»

Anfang August zeigte sich dann, dass die Atomstopp-Initiative der «Fortschrittlichen» scheitern würde, für die andern beiden Initiativen waren inzwischen 80 000 Unterschriften gesammelt worden. Etwas harzig, wie verschiedene Sammler bestätigten: «Die Militanz hat stark abgenommen in den letzten Monaten, weil kein aktueller Anlass war. Aber die Bewegung ist nicht eingeschlafen. Das Bewusstsein für alle Umweltfragen hat sich verbreitert, vertieft und entwickelt.»

Ende August, im Vorfeld der Bundesratsentscheidung, kam auch wieder die Diskussion um einen interkantonalen Polizeieinsatz auf: Man fürchtete eine neue Besetzung. All die Überlegungen, die in diesem langen Sommer vor dem wichtigen Entscheid getroffen wurden, zeigten eines auf: Die Atomkraftgegner, so zerstritten wie sie waren, bildeten eine Kraft im Staat, die nicht mehr so leicht übergangen werden konnte.

Deshalb tat sich der Bundesrat auch so schwer: Er traf nämlich – keinen Entscheid. «Nach dem langen Warten eine Nebelgranate», titelte der «Tages-Anzeiger» am 22. September. Was war geschehen? Der Bundesrat bejahte den Bedarf, traf aber keine Entscheidung, weil ein Brief der Kaiseraugst AG die Sachlage veränderte: Sie hatte Rückzugsverhandlungen mit dem Parlament direkt angeboten. Die Verwirrung war perfekt, die Befremdung über diesen «Nullentscheid» auf allen Seiten ungefähr gleich gross: Die einen kritisierten die widersprüchliche Haltung, die andern die Hinhaltenaktik des Bundesrates, bedauert wurde der «Verzicht auf eine aktive Energiepolitik» und die «fehlende Weichenstellung». Die GAGAK sagte vorerst ihre auf den Samstag danach angekündigten Demonstrationen ab und der WWF wies darauf hin, dass «leider nicht

sachliche Argumente, sondern offensichtlich nur der politische Druck» den Bau weiterer Atomkraftwerke verhindern könne. Genugtuung zeigt man eigentlich nur bei der FDP: Über die Bejahung des Bedarfs eines weiteren AKW in den achtziger Jahren.

Und hier hakte Toya Maissen in der «Basler AZ» auch gleich ein: «Wenn der Bundesrat ... mitgeholfen hat, Kaiseraugst zu verhindern, so öffnet er mit diesem Ja zur Atomenergie dem Projekt Graben Tür und Tor. Er gibt das Startzeichen für neue Konflikte. Es ist ein tragischer Irrtum, dem offenbar Elektrizitätswirtschaft und Bundesrat verfallen sind, wenn sie glauben, in Graben könne man durchsetzen, was in Kaiseraugst als politisch nicht mehr machbar erkannt wurde.»

Nicht erstaunlich, dass die Berner Kraftwerk-Gegner darauf reagierten. Im Sommer war im Kanton Bern die Atomschutz-Initiative angenommen worden, 24 000 hatten gegen Graben unterschrieben und verschiedene Ungereimtheiten im Bewilligungsverfahren – Verlängerung einer Kühlwasserkonzession durch den Regierungsrat ohne Rücksprache mit dem Parlament – trieben nun auch frühere Atomkraftbefürworter ins Lager der Graben-Gegner: Graben gegen Kaiseraugst? Dies würde ebenso heftig bekämpft werden wie Kaiseraugst.

Es war ein FDP-Grossrat, der erklärte: «Wir wollen den Widerstand organisieren und zeigen, dass wir nicht gewillt sind, das Schwarzpeterspiel mit uns spielen zu lassen.» Der Protest hier war jedoch nicht grundsätzlich gegen AKW gerichtet: Man wollte nur nicht herhalten müssen für ein Projekt, auf das unter dem Druck von der Strasse verzichtet worden war. Die Spekulationen um den «Null-Entscheid» und den Brief der Kaiseraugst AG rissen nicht ab. Die «Weltwoche» wusste zu vermelden, ohne diesen Brief hätte der Bundesrat sicher grünes Licht für Kaiseraugst gegeben.

Ein zweiter Brief flatterte den Bundesräten am 23. Oktober ins Bundeshaus: «Die Kernkraftwerk Kaiseraugst hält das Werk nach wie vor nötig, sicher und aus der Sicht des Umweltschutzes unbedenklich», hiess es im Schreiben der Kaiseraugst AG, «Die im Sommer 81 gezeigte Bereitschaft, auf die vom Bundesrat gewünschten Verzichtsverhandlungen einzutreten, hat nie bedeutet, dass es uns mit unserem Rahmensbewilligungsgesuch nicht ernst ist.»

Der Brief verfehlte seine Wirkung nicht. Am 28. Oktober war es dann soweit: Der Bundesrat sagte ja zum AKW Kaiseraugst. Die Reaktionen liessen nicht auf sich warten: Von einem «Kuhhandel» sprach SP-Parteipräsident Hubacher, heftige Kritik kam von der Baselbieter Regierung, die AKW-Gegner warfen dem Bundesrat vor, sich dem Druck der Atomindustrie gebeugt und den Willen der betroffenen Bevölkerung unter den

Tisch gewischt zu haben: «Die Art und Weise, wie der Bundesrat mit der Bevölkerung der Region um Kaiseraugst umspringt, muss den Zorn und die Wut aller überzeugten Demokraten wecken...», und das Initiativkomitee betonte, dass die beiden Initiativen, für die immer noch Unterschriften gesammelt wurden, nötiger denn je seien. Noch am gleichen Abend fanden in Zürich, Basel, Liestal und Kaiseraugst Demonstrationen statt.

Die «Basler AZ» titelte gross: «Es bleibt dabei: niemals!» und schrieb im Kommentar: «Der Handschuh ist geworfen. Wir nehmen ihn. Wir haben ihn nicht gewollt. Wir haben Angst davor. Aber wir werden uns nicht drücken.»

Am Samstag, den 30. Oktober, zeigte sich, wie sehr die AKW-Gegner noch mobilisieren konnten: 20 000 Menschen versammelten sich auf dem Bauglände. – «Ein Volk von Brüdern und Schwestern», vermerkte der «Tagesanzeiger» etwas spöttisch, aber es entsprach den Tatsachen. Eine grosse, friedliche, eindrückliche Demonstration, an der versprochen wurde: «Wir werden mit allen gewaltfreien Mitteln unserm Recht zum Durchbruch verhelfen und die Region Nordwestschweiz – unsern Lebensraum – selbst gestalten. Atomkraftwerk Kaiseraugst nie!»

Die Pressestimmen in den Montagszeitungen waren sich einig, dass die eindrückliche Manifestation nicht einfach übergangen werden dürfe: Das Parlament müsse sich etwas einfallen lassen, wolle man nicht eine Staatskrise heraufbeschwören, war der Grundtenor. Vor allem eines wurde auch an dieser Kundgebung klar: Dass in Zukunft auch «rechtschaffene Bürger und nicht nur verschrieene Linke erkennen, dass «die da oben» nicht die sind, die ganz oben sind» – und entsprechend handeln.

Im Dezember wurden die Atom- und Energie-Initiativen eingereicht.

1982

Gleich zu Anfang des Jahres gingen die Diskussionen weiter. Zwei Feldwege bekamen plötzlich grosses Gewicht: Im Dezember war kurze Zeit die Hoffnung aufgeflattert, diese zwei Feldwege könnten eventuell das AKW Kaiseraugst verhindern. Am 27. Januar konnte die Gemeindeversammlung zur Aufhebung der Feldwege Stellung nehmen – und lehnten sie eindeutig ab.

Auch in Bern gingen die Diskussionen weiter: Ein SP-Grossrat forderte eine Verzichtserklärung auf Graben. Aber der Entscheid fiel, wie er fallen musste: Die bürgerliche Fraktion lehnte ab. Die glei-

chen Bürgerlichen, die sich im Spätsommer mit ihrem Widerstand gegen Graben gebrüht hatten, wollten davon plötzlich nichts mehr wissen.

An der Generalversammlung des Nordwestschweizerischen Komitees gegen Atomkraftwerke am 24. März wurde die Parole «Hartnäckig und wachsam bleiben» herausgegeben, und man versprach, im Kampf nicht nachzulassen.

Im Laufe des Frühlings und Sommers herrschte ziemliche Ruhe. Es flog zwar wieder einmal ein Mast in die Luft, die Verantwortung übernahm eine Gruppe «Kaiseraugst nie und Mühleberg abschalten», es wurden Protestschreiben verschickt und Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Im August kreisten wieder Diskussionen um einen Abtausch Kaiseraugst – Graben. Der Widerstand im Oberaargau zeigte sich ebenso stark wie in Kaiseraugst: «Der Fall Kaiseraugst wird sich in Graben nie wiederholen. Der Kampf wird viel massiver sein. ... Man wird sich in Graben einige Schlachten liefern müssen...», hiess es in Kreisen radikaler AKW-Gegner.

Im November 82 dann wieder bange Fragen: «Steht eine Landesrevolte bevor?» Der Grund: Die Ständeratskommission hatte für Kaiseraugst gestimmt. Als «unverantwortlich», «leichtfertig», «traurig» und «erschreckend» wurde der Entscheid in AKW-Gegner-Kreisen aufgenommen. Eine neue Pointe setzte der Ständerat mit seiner Auflage, von der Turm- auf Flusskühlung umzustellen. Hielt man in Bern die Kaiseraugster tatsächlich für so dumm, dass sie auf diese «Kühlturm-Kosmetik» hereinfallen würden? Die Reaktionen zeigten erneut den starken Willen einer ganzen Region, sich gegen dieses Werk, Kühltürme oder nicht, zur Wehr zu setzen.

1983

Das Jahr begann mit einer Demonstration in Basel gegen den Entscheid der Ständeratskommission. Am 2. Februar war dann der Ständerat selbst an der Reihe: Mit 32 gegen 10 Stimmen bestätigte er die Erteilung der Rahmenbewilligung.

Die Demonstrationen im Anschluss an diesen Entscheid waren von Misstönen geprägt: Das NWA und das Gewerkschaftkartell und andere Gruppen setzten sich von den Organisatoren ab, gewisse Flugblätter und auch die Aufforderung, Lärminstrumente mitzubringen, waren ihnen zu weit gegangen. Die Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen sass in diesem Jahr, kurz nach den Jugendunruhen, noch vielen in den Knochen. Trotzdem: Etwa 5000 Demonstranten zogen am gleichen Abend in einem Sternmarsch auf den Basler Markt-

platz, in Zürich fanden sich etwa 300 zu einer Protestkundgebung zusammen.

Die Stimmen der Politiker am nächsten Morgen: Die Vernunft werde obsiegen, meinten die Schweizer Parlamentarier aus bürgerlichem Lager und zeigten sich überzeugt, dass die Region Basel ihren Widerstand aufgeben werde, wenn der Entscheid auf parlamentarischer Ebene gefallen sei. Aus Basel tönte es jedoch anders: «Die Ablehnung steckt tief, und zwar nicht nur bei ungeduldigen, stürmischen Jugendlichen.»

Am 9. Februar stellt auch die «Weltwoche» fest: «Staatskrise in Sicht». Denn die AKW-Gegner zeigten sich weniger denn je bereit, in ihrem Kampf nachzugeben, im Gegenteil, eher wurde eine Radikalisierung in Aussicht gestellt: «Wahrscheinlich», gab ein Redner am 3. Februar zu bedenken, «sind die romantischen Zeiten am Lagerfeuer und bei Mondschein auf einem besetzten Gelände vorbei», es gäbe auch «andere Wege des Widerstandes gegen Kaiseraugst.» Von solchen Tönen distanzierte sich die «gemässigte» Anti-AKW-Bewegung, aber wie der demokratische Kampf weitergehen wollte, war vielen nicht mehr so ganz klar.

Im Vorfeld der Hearings in Kaiseraugst fanden verschiedene Kundgebungen statt: Am 1. Mai radelten 300 bis 400 Personen von Basel nach Kaiseraugst, geplant waren Vollversammlungen, Protestkundgebungen und die Bildung einer Menschenkette, zum «würdigen Empfang» der Kommission.

Nun, die Kommission wurde «würdig» empfangen, die Menschenkette stand 3,5 Kilometer zwischen Rheinfelden und Kaiseraugst – aber beeinflussen konnten weder Worte noch Taten: Die Meinungen waren gemacht, schon vor den zweitägigen Hearings, die mit einigen Störmanövern über die Runden gebracht wurden.

Inzwischen arbeiteten die AKW-Gegner auf die Abstimmung hin, die auf Anfang oder Mitte 1984 zu erwarten war und am 5. Juni wurde der Abstimmungskampf mit einer Pressekonferenz eröffnet.

Im August setzte die Nationalratskommission ihr «Ringeln um Kaiseraugst» fort. Einen besonderen Akzent setzte der Aargauer Polizeidirektor und SP-Regierungsrat Louis Lang, der mitten ins Wespennetz trat, als er der Kommission gegenüber darlegte, die Aargauische Regierung sei bereit, Kaiseraugst notfalls auch mit dem Einsatz von Militär durchzusetzen.

Am 17. November dann der Entscheid der Nationalratskommission: Mit 18 gegen 13 Stimmen sprach sie sich für die Erteilung der Rahmenbewilligung aus.

Die Reaktionen in der Region und unter allen AKW-Gegnern: Wut, Enttäuschung, Bedauern. Und es wurde festgehalten: Wir kämpfen weiter, der Widerstand ist ungebrochen. «Wir haben weitere zehn Jahre zu tun!»,